

Vocarno noch beibringen wollen, sei es in der Ratsfrage oder in der im Augenblick noch wichtigeren Rheinlandsfrage. Gewiß ist das moralische Recht dabei auf unserer Seite, und wir sollen nicht aufhören, es laut in die Welt hinauszuschreien. Eine Verpflichtung zur Befestigung der Rheinlandsfrage besteht auf weiß niedergebunden in der Weisung vom 14. November 1925, wo eine „erhebliche Verabreichung der Befestigungsarbeiten annähernd auf normale Ziffern“ zugesagt ist. Die deutsche Regierung hat dauernd und unwiderrufen diese Forderung so kommentiert, daß darunter nur die Stärke der deutschen Weisung zu verstehen sei. Wenn man sich von gegnerischer Seite herumdrehen wird, so muß von unserer Seite aller Welt gesagt werden, daß das Wort von Vocarno mit den üblichen Kokonäufwertnissen unterhölet wird. Aber wird das genügen, um den Erfolg zu erreichen? Sicher nicht. Nach allen Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, werden die Franzosen ihre Zusagen nur erfüllen, wenn sie dazu gezwungen werden, oder wenn sie eine Gegenleistung dafür erhalten. Das ist die nüchterne Folgerung, die eine deutsche Realpolitik aus den durch unsere Rücksicht geschaffenen Tatsachen ziehen muß. Es heißt jetzt, diese Fehler — unter blindem Vertrauen auf das Gentleman-Wort der Vocarno-Pariser — noch gutzumachen, soweit als möglich, oder dafür zu bezahlen.

Man wird sich, um richtig vorzugehen, fragen müssen, warum Frankreich so hartnäckig die Erfüllung seiner Rheinlands-Anliegen verweigert. Die These Fochs, daß es die militärische Sicherheit Frankreichs erfordere, ist längst hinfällig; sie wird sogar von französischen militärischen Kreisen in einer Schrift des Gouverneurs von Metz, General Camardelle, der den Grundtatbestand der Rheinlandsfrage nicht am Rhein, sondern nur in seinem Festungsgebiet von Luxemburg bis Belfort verteidigt werden könne. An eine ernste Angriffswahrscheinlichkeit Deutschlands glaubt zudem niemand. Es bleibt als einziger triftiger Grund das Preisbedürfnis der Befestigungsarbeiten, deren Wert und Nutzen mit der Stärke der ihnen unterstellten Truppen steigt. Ihr Druck auf eine Regierung der Rechten ist naturgemäß noch stärker als zur Zeit der reinen Weisung. Er kann nur überwunden werden — dafür kennt man die Mentalität dieser Herren zur Genüge — durch andere Zwänge. Ein solcher kann aus der verweirten finanziellen Lage Frankreichs entstehen; aber man sollte sich hüten, auf diese höchst politische Lustschloßer aufzubauen. Maßnahmen sind die Ersparnisse einer Rheinlandsdrainage nicht, weil dieselben Truppen schließlich auch in Innerfrankreich weid stehen. Bleibt ein anderer Druck; er ist vorhanden und kann durch ein energisches Überlegen Deutschlands in diesen Wochen verfaßt werden, wenn unser Völkerbündnisvertrag klar und eindeutig von der Erfüllung der Vocarno-Verpflichtungen abhängig gemacht wird. Aber ob er genügt?

Wahrscheinlicher ist jedenfalls, daß die Franzosen auf irgendeine Entschädigung von deutscher Seite warten, und es hat auch tatsächlich an Fühlern in dieser Richtung nicht gefehlt. Mit den heutigen Verhandlungen über Vocarno geheime Absichten, die deutsche Reparationspflicht für seine Sanierungsaktion zu verwerten, ist endlich die Frage aus dem Saal gelassen. Es ist selbstverständlich, daß nach diesen Vorkäufen entsprechend der Methode „La Boche payera tout“ heutzutage nichts zu erreichen ist. Aber es sind daneben auch andere Vorkäufe, anscheinend auf deutsche Initiative hin gemacht worden, die ernstlich zu nehmen sind.

Vertinax im „Echo de Paris“ und schon vor ihm der englische Politiker August in „Mornington Review“ haben den Fehler etwas geklärt mit ihren Enthüllungen über die Angebote, die der deutsche Reichsbankpräsident in Brüssel und Paris gemacht haben soll. Das Berliner Dementi ist so zäh und unerschütterlich, daß es die Behauptungen der Gegenseite eigentlich mehr bestätigt als abstreift. Man kann auch nicht glauben, daß Dr. Schacht in seiner verantwortlichen Stellung aus eigenem Risiko politische Privatunterhaltungen führt, ohne Rücksicht auf den auswärtigen Amt. Wichtig ist allerdings, daß er keine deutschen Anleihen zur Frankfurter Forderung angeboten haben kann; denn es ist nicht abzusehen, wo er in dem ausgedehnten Deutschland dafür das uns selbst so dringende nötige Geld hernehmen wollte. Mehr Wahrscheinlichkeit hat die Annahme für sich, daß er für deutsche deutsche Mittel in Aussicht gestellt hat bei dem seit langem erwogenen Plan, die deutschen Eisenbahnstationen und Industriehilfsverpflichtungen aus dem Dawes-Plan zu mobilisieren und auf diesem Wege über die deutschen Reparationsleistungen eine Sanierungsanleihe für Frankreich zu finanzieren. Man kann gegen solche Absichten begründete nationale Bedenken vorbringen, vor allem das eine, daß eine solche Kommerzialisierung unserer Reparationsverpflichtungen eine spätere Streichung derselben durch die Verdrängung der Kriegsschulden und damit des Verfallens der Reparationspflicht unmöglich machen würde. Vom realpolitischen Standpunkt aus ist aber andererseits nicht zu verkennen, daß hier eine Gelegenheit vorliegt, die für Deutschland nicht ungünstig sein muß und die Möglichkeit bietet, das Reparationsproblem von der Last des Ungewissen und dem Druck des Untragbaren zu befreien unter gleichzeitiger Einbahnung politischer Vorteile. Das Entscheidende wäre die Frage, ob die Gegenleistung einem solchen deutschen Angebot entspricht. Eine Kolonne oder die Verminderung der Besatzungstruppen wäre das freilich kein Preis, über den sich reden ließe; dagegen wäre die übliche Befreiung des Rheinlandes in kürzester Zeit ein Gegenangebot, das niemand, dem Deutschlands Freiheit lieb ist, um schöner Zukunftsdeale willen leichtfertig von der Hand weisen könnte.

Frankreich und der Pariser Handelsvertrag.

Eine Erklärung Bokanowski.
Paris, 6. Aug. Handelsminister Bokanowski erklärte nach Abschluß des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens einem Vertreter des „Petit Parisien“, die Unterzeichnung bilde den Abschluß langwieriger Verhandlungen. Die deutsche Zurückhaltung habe ihren Hauptgrund in der Unabänderlichkeit der französischen Währung und in der bedingungslosen Entwertung des Franken gehabt. Die vorbereiteten Stabilisierungsmaßnahmen hätten diese Hindernisse hinweggeräumt. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Unterzeichnung des Vertrages sei, daß er einen Schritt zur allgemeinen europäischen Vertriebung bedeute und die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden ehemals feindlichen Ländern fördere.
Die „Journale Industrielle“ bezieht es besonders, daß der Handelsvertrag, der nach der französischen Bestimmung nicht der Zustimmung des Parlaments bedarf, schon am 20. August in Kraft tritt und daß auf diese Weise sofort die unter so günstigen Bedingungen abgeschlossene Einigung von französischen Träumen nach Deutschland beginnen könne. Auch „Journale Industrielle“ sieht die Unterzeichnung des Vertrages als ein Zeichen des wachsenden Vertrauens der deutschen Unterhändler auf die Festigung der französischen Währung an.

Ein Anfang der Angleichung der Wirtschaftsinteressen.

Deutschland darf Vocarno nicht zur Erlangung sofortiger Vorteile ausnutzen!
Paris, 6. August. In dem gestern abgeschlossenen Teilabkommen zwischen Deutschland und Frankreich schreibt der „Temps“: Dieses Abkommen bedeute ein Vorzeichen für eine Gesamtegelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Es sei ein Anfang, von dem man eine günstige Entwicklung des Austausch zwischen den beiden Ländern erwarten könne, ein Ausgangspunkt für die Politik der Angleichung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands, von der man bilden wie dräben die besten Ergebnisse für eine Konsolidierung des Friedens im Westen erhoffe. Irland habe in dem dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ gewährten Interview ganz besonders auf die deutsch-französische Wirtschaftsangleichung als eines der ersten Ziele seiner Politik der Entspannung und der Verständigung hingewiesen, doch sei es notwendig, daß auch Deutschland mit der gleichen Aufrichtigkeit, die Irland an den Tag gelegt habe, antwortet, und nicht etwa die Politik von Vocarno zur Erlangung sofortiger Vorteile zu benutzen suche. (W. T. B.)

Spanien verlangt Klarheit in der Ratsfrage.

Zusammentritt der Ratskommission Ende August.

Paris, 6. August. Nach Meldungen aus Genf verlangt Spanien, daß die sogenannte Studienkommission auf Ende August einberufen werden soll. Bekanntlich muß sie den Abänderungsvertrag für das Statut der unabhängigen Mitglieder noch in zweiter Lesung annehmen und das Statut für die Wahl der ständigen Mitglieder erst endgültig ausarbeiten.
Wie in Genf verlautet, beabsichtigt Spanien ausdrücklich die Abschaffung der spanischen Ratsräte und die Gleichstellung aller Ratsmitglieder zu beantragen. Dies wäre natürlich nur durch eine Satzungsänderung möglich. Es läßt sich leicht ermessen, von welchen Schwierigkeiten eine neue und so folgenschwere Abänderung begleitet wäre.

Die Witwe Wilsons auf der Reise nach Genf.

New York, 6. August. Die Witwe des früheren amerikanischen Präsidenten Wilson ist an Bord des Dampfers „Newtham“ (Vaterland) nach England abgefahren, von wo sie sich nach Frankreich und Genf begibt, um der Tagung des Völkerbundes beizuwohnen.

Die deutschen Rheinlandsforderungen.

Berlin, 6. August. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Hr. Langewert, v. Simmern, hat, wie schon berichtet, bei den Verhandlungen mit der Rheinlandskommission wiederholt an die ungelöste Befestigungsreform „erinnert“. Unabhängig davon dürften auch die Vertreter der deutschen Regierung bei den Genfer Besprechungen erneut die deutschen „Wünsche“ über die Befestigung vorbringen. Diese Wünsche gehen, abgesehen von der Truppenverminderung um 35000 Mann auf die sogenannte unsichtbare Befestigung des Rheinlandes hinaus. Während jetzt über die zweite und dritte Zone ein Reich von Garnisonen und Gendarmenregimenten geleitet werden ist, wird von deutscher Seite gefordert, daß die Befestigungsarbeiten auf wenige Hauptplätze konzentriert, und daß nur dort noch Truppen untergebracht werden sollen, wo die Befestigungsmächte aus militärischen Gründen anstehen, eine Sicherung ihrer rückwärtigen Linien vornehmen zu müssen. Bei einem solchen Befestigungssystem würde ein großer Teil der rheinländischen Bevölkerung überhaupt nicht mit den Truppen in Berührung kommen. Es würden dann ohne weiteres auch die viel zu vielen Erdbeobachtungen, die heute noch immer im Rheinlande eine Art Geschick darstellen, in Fortfall kommen können. Nebenfalls dürften, wenn es soweit ist, die deutschen Vertreter in Genf mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß es für Deutschland als Mitglied des Völkerbundes unerträglich sei, die Truppen anderer Völkerbundsstaaten in seinem Lande als Befestigung zu dulden.

Defensive und offensive Rüstungen.

Der Stand der Abrüstungsverhandlungen.
Genf, 6. August. Die militärische Unterkommission hat in ihrer zweiten Tagung bereits fünf Sitzungen abgehalten. Am Dienstagabendmittag ist insofern eine bemerkenswerte Entscheidung gefallen, als erklärt wurde, daß bei Rüstungen jeder Art die ungewissen Teile als defensive anzusehen seien, während die bewaffneten als offensive angesehen werden können. Bestimmungen an Landbesetzungen, von denen auf große Entfernungen geschlossen werden kann, wurden für offen erklärt, ausgenommen solche Besetzungen, die wichtige Teile des eigenen Landes schützen. — Es scheint aus den bisherigen Beratungen hervorzugehen, daß die französische Delegation weiter danach strebt, selbst möglichst scharf angreifbar zu bleiben, um Deutschland möglichst wehrlos gegen Angriffe von Ost und West zu machen.

Das öffentliche Eintreffen des französischen Völkerbundsreferenten, des Grafen Clausel, machte beträchtliches Aufsehen. Er erschien in der Sitzung der Unterkommission, beteiligte sich jedoch nicht an der Verhandlung. (W. T. B.)

Friedenskongress in Paris.

(Durch Funkdruck.)
Paris, 6. August. Nach einer Havas-Meldung sind in Cherbourg 50 amerikanische Delegierte, die im Auftrag der Carnegie-Stiftung an dem Internationalen Demokratischen Kongress der Friedensfreunde teilnehmen, eingetroffen. In Rouen sind 100 Kongressteilnehmer, meist Deutsche, außerdem Belgier, Holländer, Skandinavier, Engländer, Amerikaner und Angehörige der Völker mitteleuropäischer Staaten, angekommen. (W. T. B.)

Ernennung Pilsudskis zum Generalinspekteur

Warschau, 6. August. In dem Kabinettsrat am Freitag wurden die Verordnungen über die Organisation der Militärbehörden angenommen. Die Dekrete legalisieren die Lage, in der das polnische Heer sich nach dem Mal-Vertrag befindet. Nach dem Dekret ist getrennt das Generalinspektorat der Armee offiziell angeordnet und Pilsudski offiziell zum Generalinspekteur der Armee ernannt worden. Das Oberkommando über die Armee wird nach diesem Dekret in Friedenszeiten in den Händen des Präsidenten der Republik und nicht des Kriegsministers liegen.

Wiederbeginn der Verhandlungen mit Polen.

Berlin, 6. August. In Berlin sind heute die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Niederlassungsrecht wieder aufgenommen worden. Die polnische Delegation legte den Text des polnischen Ausländergesetzes vor, der von den beteiligten deutschen Stellen geprüft werden wird.

Der Internationale Eisenpakt.

Genf, 6. August. Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite erfährt, sind die Verhandlungen der belgischen, der Saar- und luxemburgischen Werke über Organisationsfragen im Zusammenhang mit dem Plane eines internationalen Eisenpaktes in jeder Weise beschleunigt worden. Die Quotenfrage ist bereits gelöst. Auch die französischen Werke, bei denen sich die Entscheidung noch halb hinauszieht, weil diese Werke ihren Zusammenschluß nicht vollziehen haben, haben größte Entgegenkommen gezeigt. Der zuerst ins Auge gefasste Termin des 12. August, an dem die internationalen Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden sollten, wird allerdings nicht eingehalten werden können, doch scheint das Zustandekommen des internationalen Paktes nach Ansicht aller hiesigen Industriekreise gesichert zu sein.

Frankreich und die beschlagnahmten russischen Gelder.

Russlands Einspruch vom Gericht verworfen.
Paris, 6. Aug. Die Handelsdelegation der Sowjetunion hat heute gegen die Beschlagnahme von russischen Guthaben bei Pariser Banken, die von einer französischen Ausstellungsgesellschaft beantragt worden war, vor Gericht Einspruch erhoben. Der Einspruch wurde vom Gericht verworfen, das sich auf den Standpunkt stellte, Ansprüche auf Exterritorialität könnten in diesem Falle nicht geltend gemacht werden. (W. T. B.)

Abschluß der Weltkonferenz christlicher Jungmänner.

Delftsford, 6. August. Die Besprechungen in den Gruppen- und den besonderen Sitzungen des Weltbundes christlicher Jungmännervereine wurden heute beendet. Es wurden Entschlüsse auf verschiedenen Gebieten gefaßt, an deren Spitze die Frage steht: „Wie bringen wir Jesus Christus der Jugend?“ Der Stockholmer Weltkongress und den Kirchen wurde der Dank für ihr Vertrauen zur Jugend ausgesprochen. In einer eingehenden Stellungnahme zur Massenfrage wurde tiefes gegenseitiges Verständnis innerhalb der Vereine und über sie hinaus gefordert. Darauf wurden der Bericht des Weltkomitees und der Jahresbericht angenommen. Eine Reihe neuer Mitglieder, darunter sieben aus Deutschland, wurden gewählt und die Grundlage für die Weltarbeit, insbesondere für die Arbeit an der heranwachsenden Jugend, aufgestellt. Als wichtige Arbeitsgebiete, die neu in Angriff genommen werden müßten, werden Siam, Persien, Afrika und Teile von Südamerika bezeichnet. Auf letzterem Gebiete wurde die Notwendigkeit einer Lösung vom Boden des Christentums aus betont und der Austausch von Literatur durch den Weltbund gefordert. Für den Fernen Osten wird im Sommer 1928 eine Sonderkonferenz stattfinden, auf der eine Verbindung mit anderen christlichen Weltorganisationen vorgeschlagen werden soll. Für das Jahr 1927 sind in Stockholm internationale sportliche Wettkämpfe der christlichen Jugend angesetzt worden. (W. T. B.)

Interklientel in der Frankfurter Stadthalle.

Frankfurt a. M., 6. August. Der Magistrat hat dem Kellereiausschuß der Stadtverordnetenversammlung gestern eine umfassende Darstellung der Lage in der hiesigen Arbeitszentrale gegeben, in deren Betriebe Verluste von mehr als 100000 Mark festgesetzt wurden. Daneben bestehen bei der Stadthauptkasse rund einhalb Millionen Mark Schulden. Die bei der Zentrale tätigen Angehörigen Trupp und Hof haben sich schwere Verfehlungen zuschulden kommen lassen; u. a. sind für die Wirtschaftszentrale Holzbestellungen gemacht worden, die sowohl im Ausmaß, wie in Anbetracht der Qualität der Ware nicht zu rechtfertigen sind. Der Kellereiausschuß hat fruchtlose Entlassung aller Schuldigen und Verfolgung der Angelegenheit durch die Staatsanwaltschaft verlangt. Außerdem soll ein Untersuchungsausschuß besonders die technischen Verfehlungen feststellen.

Die Herbstmanöver der Reichswehr.

Berlin, 6. Aug. Die großen Herbstmanöver der Reichswehr, die Anfang September in der Gegend von Merxhausen zwischen der 5. und 7. Division stattfinden, werden unter der Leitung des Gruppenkommandeurs in Kassel, General Reinhardt, stehen. Dem Manöver wird beifolgend auch der Reichspräsident v. Hindenburg beiwohnen.

Traditionstruppenteile in Oesterreich.

Wien, 6. Aug. Nach dem Vorbild der deutschen Reichswehr sollen nunmehr auch die Truppenteile des österreichischen Bundesheeres Traditionstruppenteile und Landsmannschaften in Form besonderer Abteilungen an der Waffe und Eisen auf dem linken Unterarm erhalten. In der deutschen Reichswehr kommt die Zugehörigkeit der Landsmannschaft bekanntlich in der Fokarbe der Mägen und dem Wappen des Stahlhelms zum Ausdruck.

Wieder ein Opfer des Kommunistenterrors.

Zu Tode geprügelt!

Frankfurt, 6. August. Wie die Pressestelle des Polizeipräsidenten heute mitteilt, wurde in der Nacht zum Mittwoch der Arbeiter Leppold auf dem Hofmarkt von mehreren Personen überfallen, verprügelt und dann über das Gitter des dort stehenden Gutenberg-Tenmals geworfen. Er wurde darauf zurückgelassen, daß er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, kurz nach seiner Einlieferung in das Hospital starb. Er erlitt u. a. einen doppelten Schädelbruch. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Täter Kommunisten sind. Leppold war Führer einer Truppe des Frankfurter Jung-Stahlhelms.

Friedensburg und die kommunistischen Demonstrationen.

Berlin, 6. Aug. Verschiedene auswärtige Blätter verbreiten die Behauptung, bei den vorgeschrittenen Demonstrationen der Kommunisten im Lustgarten sei die von Schutzpolizeibeamten vorgenommene Beschlagnahme aufbehehrender Plakate durch den stellvertretenden Polizeipräsidenten Friedensburg wieder aufgehoben worden. Stellenweise wird sogar behauptet, dem stellvertretenden Polizeipräsidenten sei aus diesem Anlasse von der Menge eine tausendstimmige Ovation bereitet worden. Demgegenüber wird vom Berliner Polizeipräsidenten festgestellt, daß der stellvertretende Polizeipräsident, der die Vorgänge von der Schloßstraße aus beobachtete, die von der

Schutzpolizei getroffenen Maßnahmen gutgeheißen, zu der Frage der Beschlagnahme eines Plakates überhaupt keine Entscheidung getroffen habe und daß kein einzelnes Eingreifen in den kritischen Augenblicken darin bestand, die Reservebereitschaft mit größter Beschleunigung zur Unterdrückung der einzelnen politischen Maßnahmen heranzuziehen. (W. T. B.)

Hohe Zuchthausstrafen gegen bairische Kommunisten beantragt.

Leipzig, 6. August. In dem Prozeß gegen die bairischen Kommunisten Rotharmel und Genossen wurde in die Jugendvernehmung eingetreten. Mehrere Zeugen bestätigten, daß sich fast alle Angeklagten an dem Sprengstoffattentat in Rüssen beteiligt hätten. Der Reichsanwalt hielt die Angeklagten des Sprengstoffverbrechens und der Vorbereitung zum Hochverrat für überführt. Er beantragte für Rotharmel, Frank, Köpf und Kriebich je acht Jahre, für Guprian sieben Jahre, für Steinböck und Taler je fünf Jahre und für Höger zehn Jahre Zuchthaus.

Eine besondere Tscheka gegen die Opposition.

Moskau, 6. August. Wie aus Moskau berichtet wird, haben die Sowjetbehörden beschlossen, zur Bekämpfung der in diesem Stadium befindlichen Opposition eine besondere Tscheka zu gründen, da die Opposition bereits in der W. P. U. Fuß gefaßt hat.